

Ein Nationalist und Antisemit

Botschafter der Ukraine: „Melnik soll zurückkehren“, FR-Politik vom 7. Juli

Stepan Bandera, von dem Herr Melnyk sich nicht distanzieren will, war nicht einfach ein Nationalist, sondern der Anführer einer antisemitischen Bewegung, der OUN, die laut der Untersuchungen des polnischen Historikers Grzegorz Rossoliński-Liebe nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion einen unabhängigen ukrainischen Staat an der Seite Hitlerdeutschlands ausrief und Massaker an den polnischen Bewohnern der Westukraine, in Ostgalizien und im nordöstlich angrenzenden Wolhynien mit bis zu 100 000 Opfern verübte und an der Ermordung von bis zu 800 000 Juden beteiligt war. Dass ein Mann, der aus seiner Verehrung für Bandera niemals einen Hehl machte, als Botschafter in der Bundesrepublik akkreditiert werden konnte, ist der eigentliche Skandal. Susanne Roether, Frankfurt

Doppelte Standards

Nato-Beitritt: „Der schwedische Preis für die Allianz“, FR-Politik vom 2. Juli

Unsere liberalen Demokratien unterscheiden anscheinend zwischen guten und bösen Autokraten. Im Hinblick auf Putin gibt es vermutlich nur wenige Menschen in den sogenannten liberalen Demokratien, die die menschenverachtende Brutalität dieses Herrschers leugnen oder relativieren. Recep Tayyip Erdoğan denkt und agiert ähnlich wie Putin. So wie Putin „Nazis“ in der Ukraine bekämpft, verfolgt Erdoğan „Terroristen“ in der Türkei, in Syrien, im Irak und weltweit. Alle politischen AktivistInnen, die sich für die Rechte der KurdInnen einsetzen oder für Demokratie, Menschenrechte und freie Meinungsäußerung, werden als „TerroristInnen“ der staatlichen Willkür und Verfolgung ausgesetzt.

Sowohl Putin als auch Erdoğan haben den Rechtsstaat abgeschafft und unterdrücken die Meinungs- und Pressefreiheit. Erdoğan nutzt den Ukrainekrieg zu weiteren völkerrechtswidrigen Angriffen auf KurdInnen in Syrien. Dabei sterben immer wieder ZivilistInnen, auch Frauen und Kinder, getötet von einer Nato-Armee. Die mediale Berichterstattung und Empörung unserer PolitikerInnen über diese Verbrechen hält sich in überschaubaren Grenzen. Es existieren nach wie vor doppelte Standards in der Auseinandersetzung mit autokratischen Regimen. Medial wird jetzt häufig und zu recht kritisiert, dass gegen Putin nicht rechtzeitig „klare Kante“ gezeigt worden sei. Gleichzeitig sehen wir eine interessengeleitete Politik der Nato-Staaten, die Rücksicht auf Erdoğan's Befindlichkeiten. Glücklicherweise gibt es NGOs wie Amnesty, Pro Asyl und Medico, die „klare Kante“ zeigen und sich aktiv für verfolgte AktivistInnen einsetzen. Das würde ich auch von kritischem Journalismus erwarten. Hermann Roth, Frankfurt

Frieden ist nur auf Kompromisspfaden zu erreichen

Ukraine-Krieg: „Was nützt der Frieden in Gedanken?“, „Weizenernte bricht ein“ und „Die Hilfe wartet nicht auf das Kriegsende“, FR-Politik vom 2. und 5. Juli

„Pazifist“ scheint jetzt ein Schimpfwort zu sein

„Frieden ist im Kopf, und ist er nicht im Kopf, dann ist er nirgendwo“ (frei nach André Heller). Wenn „Pazifist“ schon zum Schimpfwort geworden ist, dann wird es Zeit, nach über 70 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg aufzurütteln und den Frieden sowie Wege dorthin wieder in unser aller Köpfe zu holen. In diesem Fall: die Ukraine auf einem Friedensweg auch über holprige Kompromisspfade zu unterstützen, zu begleiten, nicht im Stich zu lassen. In dem ersten offenen Brief fehlt es dazu keineswegs an Empathie, das Gegenteil ist der Fall.

Der oder die liebe Gott hat uns die besondere Fähigkeit gegeben, nach Einsatz der Gedanken Worte zu gebrauchen. Natürlich neben den Fähigkeiten des Waffenerfindens und -gebrauchs. Dass Letzteres nicht nur in Sackgassen, sondern ausschließlich zu Leid und Tod geführt hat, ist umfassend bekannt. Mühsamer ist er, der Weg der Worte, der Gespräche, besonders bei Psychopathen und Mördern als Gegenüber.

Und doch – für diesen anstrengenden, steinigen Weg der Worte ist die Voraussetzung, ihn erst einmal in den Köpfen, in unseren Gedanken zu haben – den Frieden. Hanne Strack, Rüsselsheim

Mit den Mitteln einer Zauberfee

Liebe Frau Zeh und Mitunterzeichner des offenen Briefs! Sie alle haben offensichtlich vergessen, dass Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock bis zur Lächerlichkeit versucht haben, den Faschisten, Aggressor, Kriegsverbrecher und Mafiaboss Putin von seinen Gewaltplänen abzubringen. Mit den Mitteln einer Zauberfee ist da nichts, gar nichts zu erreichen! Ich selbst habe übersehen, dass es von Anfang an Politik des Aggressors war und ist, das mit kolonialer Gewalt ausgestattete Zarenreich, respektive die gleichgepolte UdSSR, wieder zu errichten.

Haben Sie sich je gefragt, warum die dem russischen Kolonia-



Nach einem Raketentreffer sind Hilfskräfte in der Universität von Charkow unterwegs. AFP

lismus entronnenen Völker sich so einig sind in der Unterstützung der Ukraine?

Ich sehe in Ihnen, den Unterzeichnern der beiden Briefe, geschichtsvergessene Angsthasen, die es bis heute nicht gewagt haben, sich an den Schuldigen zu wenden, dessen Name mir jetzt gerade nicht einfällt! Ich empfehle Ihnen, den Einfluss von Iwan Alexandrowitsch Iljin auf den Aggressor zu studieren! Sich zum Holodomor zu informieren, (mehr als drei Millionen tote Ukrainer) trüge ebenfalls zum Verstehen der Ukrainer bei.

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Das Kapital braucht Krieg

Der Kapitalismus ist auf ständiges Wachstum angewiesen. Wenn die Nachfrage nachlässt, beispielsweise wegen Corona und der damit verbundenen Angst vieler, dann ist Krieg ein willkommenen Schub für neue

Investitionen. Wenn ich jetzt lese, dass für den Wiederaufbau der Ukraine hunderte Milliarden Euro gebraucht werden, dann fühle ich mich bestätigt mit unserem Slogan, den wir „Ordensleute für den Frieden“ seit Jahren vor der Deutschen Bank in Frankfurt am Main vertreten: „Krieg braucht Kapital – Kapital braucht Krieg“.

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

Für die Ernte wird ein Waffenstillstand gebraucht

Eine für die Menschheit furchtbare Nachricht: Millionen Tonnen ukrainischen Weizens, der „ausgerechnet im Osten der Ukraine relativ gut wächst“, können kriegsbedingt nicht geerntet werden. Wenn dieses Getreide nicht eingebracht werden kann, drohen vor allem den Ländern des globalen Südens Hunger und Tod.

Wäre dieser Umstand nicht dringend gebotener Anlass,

dass die Kriegsparteien einen durch die UNO abgesicherten „Erntewaffenstillstand“ für mehrere Wochen vereinbarten? Dann könnten die Bauern der Ukraine – ohne Einsatz ihres Lebens – ihre segensreiche Arbeit zugunsten der Menschheit fortsetzen! Der „Erntewaffenstillstand“ auf Vermittlung der UNO wäre ein Sieg der Vernunft und der Diplomatie über die Kriegslogik der immer schwereren Waffen. Nur: Er muss schnell kommen! Thomas Ewald, Nidderau

Militärisches Denken bestimmt den Diskurs

Nun versucht der in Ihrem Bericht vom 20.6. als „Militärdiplommat“ bezeichnete Nato-Generalsekretär Stoltenberg, die Bevölkerung in Europa auf einen jahrelangen Krieg einzuschwören. Anscheinend hatten sechs vom „Westen“ beschlossene Sanktions-„Pakete“ gegen Russland bisher nicht die erhoffte Wirkung und werden sie wohl auch nicht erzielen – warum sonst von einem jahrelangen Krieg ausgehen?

Wann bemerken die Nato und der Westen, dass jahrelange Sanktionen gegen Russland seit 2014, inzwischen regelmäßig gesteigert zu Sanktionspaketen, offensichtlich wenig bewirken, wenn Russland gleichzeitig wieder zum größten Öllieferanten für China aufsteigt?

Gefragt sind jetzt diplomatische Lösungen und Verhandlungen – natürlich nicht im Sinne eines russischen Diktatfriedens. Aber auch die Ukraine wird schmerzliche Zugeständnisse machen müssen, um noch mehr Tote und noch mehr Zerstörung endlich zu stoppen. Weder USA noch Nato noch die Regierung in der Ukraine scheinen im Moment zu ernsthaften Verhandlungen bereit zu sein. Da, wo jetzt diplomatisches Engagement nötig wäre, bestimmt ausschließlich militärisches Denken den Diskurs. Auch von unserer feministische Außenpolitik propagierenden Ministerin Baerbock hört man erschreckend wenig zu möglichen diplomatischen Versuchen, den Überfall Russlands auf die Ukraine zu beenden. Jochen Stürznickel, Viersen

Was macht man mit einer Nobelpreisträgerin wie der EU?

Jedes Jahr sterben Hunderte Geflüchtete im Mittelmeer: „Wenn ich jetzt loslasse, denke ich, ist er tot“, FR-Magazin vom 28. Juni

Ein friedliches Land anzugreifen, deren Bewohner zu foltern und zu töten, zu massakrieren, Kinder, Frauen, Männer, in der gleichen Manier mit anderen Ländern verfahren, in naher Zukunft millionenfach Menschen verhungern lassen, das ist pure menschenverachtende totalitäre Einmann-Diktatur. Das ist so schlimm, dass diesem Stalin 2 mit Waffengewalt Einhalt geboten werden muss.

Wie aber wehrt man sich gegen eine Demokratie, die oft nicht selbst foltert und tötet, die aber Menschen verhungern, verdursten, ertrinken lässt, an Zäu-

nen verbluten wie kürzlich in der spanischen Exklave Melilla, die Menschen zurückschickt in Folterstaaten? Und die mit ihrer ausbeuterischen, rein auf eigenen Profit ausgerichteten Politik eine wichtige Ursache dafür ist (neben Putin und anderen Schlächtern), dass Menschen überhaupt ihre Heimat, Haus und Hof, Verwandtschaft und Freunde verlassen müssen? Übrigens auch in der nächsten und fernsten Zukunft (Stichwort Klimaerhitzung).

Die Rede ist von der Friedensnobelpreisträgerin Europäische Union. Warum werden bei

uns in den westlichen Demokratien Politiker gewählt, denen Menschenleben offensichtlich nicht viel bedeuten? Warum pflegen so viele Bürger in den Industrienationen einen dermaßen zerstörerischen Lebensstil, dass andere dafür sterben müssen? Ist schlicht Manipulation die Ursache? Nicht unbedingt falsche Informationen, sondern das Weglassen von Information?

Beispiel: Niemand bestreitet ernsthaft, dass in Schlachthöfen Tiere geschlachtet werden. Das wäre eine leicht zu durchschauende Lüge. Aber zuschauen lassen sich die Schlachter nicht bei

der Arbeit. Auf der Theke liegt ein Schnitzel und nicht ein getötetes Schwein.

Und in der Sahara? Auf dem Mittelmeer? In den Flüchtlingscamps? Da krepieren Menschen. Weil die EU wegschauen lässt. Ein Hinschauen behindert. Ein Retten mit aller Gewalt verhindert. Nein, stimmt nicht. Nicht mit aller Gewalt. Retter werden nicht erschossen. Aber ihnen droht Gefängnis.

Was macht man nur mit so einer Nobelpreisträgerin? Mit so einem Westen? Mit so einer Demokratie?

Ralf-Michael Lübbers, Marienha-